

Die Akteure der Krise

Die aus den weiter oben skizzierten Möglichkeiten einer hohen und spekulativen Verwertung von Kapital erfordert eigene Unternehmensformen und bringt sie auch hervor.

Investmentbanken, Hedgefonds, Private Equity-Unternehmen und die Pensionsfonds sind die entscheidenden Akteure der ersten Phase der Wirtschaftskrise, der Finanzkrise. Daneben stehen aber auch der Staat, die Geschäftsbanken und internationale Organisationen wie der IWF, die Weltbank, die EU als wichtige Akteure. Sie haben mit die Bedingungen für den Ausbruch der Krise geschaffen und sind genauso nun zentrale Akteure bei der Bewältigung der Krisenfolgen und wie auch bei der Überwindung der Krise.

Auf die Eigenheiten der Investmentbanken und der Pensionsfonds wurde bereits eingegangen. Befassen wir uns also mit den weiteren Akteuren.

Die Akteure der Krise

- **Entscheidende Akteure**
 - Investmentbanken, Hedgefonds, Private Equity-Unternehmen und die Pensionsfonds
 - Geschäftsbanken
 - Der Staat
 - Die Internationalen Organisationen

35

Folie 35

Ziel des Abschnitts

Das Verständnis der Geschäftsmodelle von Hedgefonds und Private-Equity-Unternehmen ist deshalb wichtig, weil sich gerade hier auf der einen Seite zeigt, wie eng die durch den Staat vorangetriebene Deregulierung in den letzten zwanzig Jahren, für Deutschland vor allem seit 1998, die Krise mit ausgelöst hat, aber auf der anderen Seite auch Interessengegensätze innerhalb des herrschenden Blocks sichtbar werden. Wir hatten ja schon weiter oben festgestellt, dass die Finanzmarktoperationen wie auch die Finanzmarktkrise Zeichen der Konkurrenz um die Verteilung des Mehrwertes darstellen. Ein weiterer Aspekt ist, dass die Anteile vieler derartiger Unternehmen inzwischen selber in „innovative Finanzmarktprodukte“ eingehen. Als Unternehmen setzen sie den von Derivaten usw. ausgehenden Druck auf höhere Renditen in unmittelbares unternehmerisches Handeln um – und dies weitgehend ohne jede Regulierung. Die (wenn auch nicht sehr nachdrückliche) Kritik an Hedgefonds, PE-Unternehmen und „innovativen Finanzmarktprodukten“ auch von Seiten der UnternehmerInnenschaft hat eine reale ökonomische Grundlage. Sie kann so auch Basis von wenigstens zeitweiligen Bündnissen zur Bewältigung von Krisenfolgen und zu Zurückdrängung neoliberaler Hegemonie sein. Wir finden hier also Ansätze für den Blick auf Finanzmarktregulierung als Bündnisprojekt! (siehe dann Folie 58ff.)

Literaturhinweis

Eine sehr gute Darstellung der Praxis von PE-Unternehmen und auch Hedgefonds bietet das von Jörg Huffschmid, Margit Köppen und Wolfgang Rohde herausgegebene Bändchen „Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Neue Herausforderungen durch die internationalen Kapitalmärkte“ Hamburg 2007.

Private-Equity-Unternehmen

Folgen wir zur Erläuterung der Akteure wieder Jörg Huffschmid.

„Private Equity Unternehmen (PE) sind Unternehmen, die Geld von Banken, Pensionsfonds, reichen Personen (High Net Worth Individuals, HNWI) einsammelt, zusätzliche Mittel von Banken ausleihen und mit diesem Geld andere – in der Regel nicht börsennotierte – Unternehmen kaufen, diese „restrukturieren“ und anschließend mit hohem Gewinn wieder verkaufen, entweder an der Börse, oder an einen strategischen Investor, oder an ein anderes Private Equity Unternehmen.

Die weltweiten Anlagen von PE Firmen haben sich in den letzten 10 Jahren sehr ungleichmäßig entwickelt. Sie stiegen von 60 Mrd. Dollar in 1996 auf 200 Mrd. \$ in 2000, fielen dann auf weniger als 100 Mrd. \$ in 2002 zurück, und erholten sich zwischen 2002 und 2005 allmählich wieder. In 2006 sind sie geradezu explodiert und erreichten mit 365 Mrd. Dollar das Dreifache des Vorjahreswertes. Das Wachstum hielt auch im ersten Halbjahr 2007 noch an, bevor es im Zuge der aktuellen Finanzkrise abrupt abbrach. Das außergewöhnliche Wachstum im Jahre 2006 ist zumindest teilweise auf die Tatsache zurückzuführen, dass es in diesem Jahr eine Reihe von Megadeals gab, die bis dahin eher die Ausnahme geblieben waren. Von den 10 größten Transaktionen seit Ende der 1980er Jahre fanden sieben in 2006 oder 2007 statt.

Nach wie vor kommt die große Mehrheit der PE Unternehmen aus den USA, aber Europa holt auf, schneller bei den aufgenommenen Mitteln (hier stieg der Anteil Europas von 21% in 2000 auf 44% in 2006), langsamer bei den Anlagen (Anstieg von 21% auf 24%).“

PE sind also in erster Linie Beteiligungsunternehmen, die im Bereich nichtbörsennotierter Unternehmen aktiv sind. PE erlangen ihr Kapital, indem sich Anleger verpflichten, in einem bestimmten Zeitraum eine bestimmte Summe bereit zu stellen. Außerdem setzen sie Kredite für die Finanzierung von Übernahmen ein. Sie investieren in Unternehmen (erwerben also Anteile an dem Unternehmen),

- *die gerade gegründet werden und/oder deren Entwicklung oft noch ungewiss ist (Venture Capital – Risikokapital) oder*
- *die wegen wirtschaftlicher Probleme relativ billig zu haben sind (einschl. Ausgliederung aus Konzernen) und die ebenfalls eine günstige Entwicklung versprechen*
- *die wegen ihrer spezifischen Stellung auf Spezialmärkten (also Produktion besonderer Erzeugnisse, zB. Spezialmaschinen in kleiner Stückzahl oder besondere Materialien, die benötigt werden, aber die nicht in großtechnischen Anlagen sinnvoll produziert werden können) hohe Gewinne erwarten lassen, ggf. auch durch den Kauf von Konkurrenten dieser Unternehmen.*

Sie versuchen dann, die Unternehmensentwicklung im Sinne der Verwertung ihrer Investition zu beeinflussen.

Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften betrug das Investitionsvolumen von PE in deutschen Unternehmen im Jahr 2008 etwa 8,4 Mrd. Euro in 1.140 Unternehmen. Der Anteil der Umsätze der PE-finanzierten Unternehmen am

Bruttoinlandsprodukt soll 8,5 Prozent betragen. (Private Equity Brief Ausgabe 6, Juni/Juli 2009)

Eines der größten PE-Geschäfte 2009 betraf im August den Kunststoff- und Kunsttextilhersteller Kalle GmbH (www.kalle.de). Das Unternehmen gehörte bis 1997 zum Hoechst-Konzern, wurde dann im Zuge der Ausgliederung des Chemie- und Pharmageschäftes an das PE-Unternehmen CVC verkauft, dieses wiederum verkaufte Kalle 2004 an Montagu, dieses Unternehmen wird die Firma nun an Silverfleet Capital verkaufen. Silverfleet Capital finanziert den Kauf unter anderem mit einem Kredit, der von einer Gruppe um die Bank of Ireland bereitgestellt werden soll. Das Unternehmen plant, weitere Firmen aufzukaufen, die zu Kalle „passen“.

(<http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/Private-Equity-GeschE4ft-Heuschrecke-kauf-Wurstpellen-Kalle/556192.html>) In diesem Falle ist das Ziel also, durch Einkäufe von Firmen und ggf. ihre anschließende Fusionierung in einem überschaubaren Sektor Marktmacht zu erlangen, die sich wieder in Gewinn für den Investor umsetzen soll.

Die Branche bestreitet stets, Schuld an der Finanzkrise zu tragen und grenzt sich dabei von den Hedgefonds ab. Allerdings räumte man Anfang 2009 auch eigene Fehler ein:

„Der Chef des größten deutschen Finanzinvestors Allianz Capital Partners, Thomas Pütter, räumte am Montag Fehler seiner Zunft ein. Einige Private-Equity-Häuser hätten in der Vergangenheit die von ihnen übernommenen Firmen mit einer massiven Verschuldung "in eine unverantwortliche Situation" gebracht. Die Risiken seien angesichts eines jahrelang ungebremsten Wachstums vergessen worden. "Unsere Branche hat sich von der Erfolgswelle davontragen lassen", sagte der langjährige Private-Equity-Manager auf einer Konferenz in Berlin.“ (<http://de.reuters.com/article/companiesNews/idDEBEE5110FW20090202>)

Private Equity		
Kapitalquellen	Geschäftsidee	Resultat
Reiche Privatpersonen Banken Pensionsfonds und weitere institutionelle Investoren Kredite	<ul style="list-style-type: none"> • Investitionen über einen Zeitraum von 3 bis 10 Jahren <ul style="list-style-type: none"> • in neugegründete Unternehmen mit interessanten, hohe Gewinne versprechenden Geschäftsideen • in bestehende nichtbörsennotierte Unternehmen, die nach einer Restrukturierung Gewinn erwarten lassen oder günstig verkauft werden könnten • das aufgekaufte Unternehmen soll den Kaufpreis und die Rendite der Anleger refinanzieren • entsprechende Beeinflussung der Geschäftsführung der eingekauften Unternehmen 	<p>Das restrukturierte Unternehmen wird verkauft</p> <p>Hohe Verschuldung des Unternehmens</p> <p>Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen</p>

Folie 36

Hedgefonds

Dem gegenüber sind **Hedgefonds** stärker auf die Veränderung von Kursentwicklung von Aktien, aber auch Währungen und anderen Wertpapieren orientiert.

„Hedgefonds sind Vermögen, die von HNWI, Banken und – zunehmend – auch von institutionellen Investoren (besonders Pensionsfonds) stammen und von Hedgefonds-Managern in entweder riskanten aber renditeträchtigen Wertpapieren oder in börsennotierten Unternehmen angelegt werden.

Im ersteren Fall handelt es sich um Finanzspekulation. Im zweiten Fall entwickeln die Hedgefonds-Manager einen neuen Aktionärs-Aktivismus mit dem Ziel hohe Dividendenausschüttungen oder Kurssteigerungen zu erreichen oder die Preise für eine Übernahme in die Höhe zu treiben.

Schätzungen gehen davon aus, dass es gegenwärtig 11000 Hedgefonds gibt, die 2,25 Billionen Dollar verwalten. Das ist wenig im Vergleich zu den über 60 Billionen Dollar, über die traditionelle institutionelle Investoren verfügen. Es sollte aber beachtet werden, dass Hedgefonds im Unterschied zu letzteren mit einem hohen Kredithebel (*siehe Folie 31*) arbeiten und mit 2,3 Billionen Eigenkapital leicht das Zehnfache dieses Betrages bewegen können, womit sie durchaus an die Größenordnung der institutionellen Investoren herankommen. Auch bei Hedgefonds kommt die Mehrheit noch aus den USA, aber der US-Anteil nahm zwischen 2002 und 2006 von mehr als vier Fünfteln (82%) auf gut zwei Drittel (67%) ab, während Europa auch hier schnell aufholt und seinen Anteil am weltweiten Vermögen der Hedgefonds von 12% auf 22% in der gleichen Zeit fast verdoppelte. Auch die Rolle Asiens als Herkunftsregion von Hedgefonds-Vermögen ist von 5% auf 7% gestiegen, bleibt aber zunächst noch relativ gering. Ungefähr die Hälfte aller Hedgefonds sind offshore (in den sog. Steueroasen) registriert, die meisten davon (57%) auf den Cayman Inseln. Von den Onshore-Hedgefonds haben die meisten ihren Sitz in den USA, vor allem in Delaware.“

Die statistischen Angaben stützen sich auf Informationen des International Finance Services London (<http://www.ifsl.org.uk/output/Reports.aspx>)

Hedgefonds		
Kapitalquellen	Geschäftsidee	Resultat
Reiche Privatpersonen Banken Pensionsfonds und weitere institutionelle Investoren Kredite	Investitionen <ul style="list-style-type: none"> • in alle Arten von Wertpapieren • in Währungen • in Rohstoffe > also in alles, was als Kapital handelbar ist	Zahlung von hohen Dividenden auf Kosten der Unternehmensentwicklung Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen Verschuldung der Unternehmen steigt
	Erträge aus Unternehmen werden in erster Linie über das Erzwingen hoher Dividendenzahlungen über Beschlüsse der Gesellschafterversammlung realisiert	
	Erträge aus den übrigen Geschäften vor allem aus Kurschwankungen und Spekulation	

Sie sind vor allem im Handel mit Rohstoffen und Währungen sowie und im reinen Wertpapierhandel und dabei im Bereich börsennotierter Unternehmen aktiv. Im Unterschied zu PE sammelt der Fonds tatsächlich erst einmal Geld ein und investiert dann. Es spielen vor allem Kursentwicklungen und die daraus resultierende Rendite, weniger die konkrete Gewinnentwicklung der Unternehmen, die Ziel des Investments sind, eine Rolle. Es geht, wie es auf einer Website heißt, „um die totale Rendite“. Dafür werden Strategien eingesetzt, die kurz- und/oder langfristige Kurs- und Preisschwankungen im Anlagegegenstand ausnutzen. Auch sie sind natürlich bemüht, die Märkte in ihrem Sinne zu beeinflussen. Soweit Unternehmensanteile Gegenstand des Geschäftes sind, versuchen sie z.B. auf der Gesellschafterversammlung hohe Dividendenausschüttungen zu erreichen und so auch den Kurs der Aktie anzutreiben. In diesem Falle würde der Fonds einmal von der Ausschüttung profitieren, gleichzeitig auch von einem anschließenden Verkauf der Aktie. Gleichzeitig werden natürlich in einem solchen Fall die Möglichkeiten des Unternehmens zu investieren eingeschränkt. Obwohl die hohe Dividende für ein starkes Unternehmen zu stehen scheint, wird es durch die Einschränkung der Investitions- und Innovationsmöglichkeiten geschwächt. Das Unternehmen muss dann, um konkurrenzfähig zu bleiben, zusätzliche Kredite aufnehmen. Die auf diese Weise steigende Verschuldung des Unternehmens erzwingt bei weiter hohen Renditeerwartungen der Anleger weitere Rationalisierung, Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, um die Kosten zu senken. Gleichzeitig wurden mit steigender Verschuldung aber die Kredite teurer; wenn erst einmal Kredit aufgenommen wurde, wollen die Banken sich natürlich gegen mögliche Verluste schützen und versuchen dies über höhere Zinsen zu erreichen.

Anleger, die die Anteile dieses Unternehmens dann in Erwartung ewig hoher Rendite kaufen, dürften sich dann oft in ihren Erwartungen getäuscht sehen.

Um eine kontinuierlich hohe Verwertung der Einlagen der Investoren zu gewährleisten, nutzen die Unternehmen z.B. mathematische Modelle. In einer Beschreibung der Arbeitsweise heißt es z.B.:

„Technische Handelssysteme

Superfund nutzt selbstentwickelte, vollautomatische Computerhandelssysteme. Diese verwenden zur Bestimmung der optimalen Einstiegszeitpunkte ein breites Spektrum verschiedener Faktoren. Neben der Anwendung selbstentwickelter, technischer Indikatoren errechnen die Systeme aus Mustern in den Preisbewegungen einzelner Märkte vollautomatisch Kauf- und Verkaufssignale.

Trendfolgestrategie

Die Computerhandelssysteme basieren auf der Strategie der Trendfolge, wobei Trends einige Tage bis zu mehreren Monaten existieren können. Ein Erfolgsfaktor ist die Begrenzung von Verlusten durch täglich aktualisierte Stop-Loss-Limits. So können Verluste schnell limitiert und positive Trends weiterverfolgt werden.“ (<http://www.hedgefonds24.de/superfund-c.html>)

Auf die Konsequenzen dieser Art des Geschäftemachens kommen wir gleich noch einmal zurück.

*Vorher aber sei noch einmal auf die Seite der **Finanzierung dieser Unternehmen** eingegangen. Für die Übernahmen bzw. Anteilkäufe nutzen Hedgefonds wie auch PE-Unternehmen nicht nur das Geld ihrer InvestorInnen. **Sie nehmen auch Kredite bei normalen Banken auf, um diese Geschäfte zu finanzieren.** Abgesichert werden diese Geschäfte wiederum oft durch „innovative Finanzmarktprodukte“. (vgl. Folie 30)*

Im Zusammenhang mit der oben angesprochenen Übernahme der Firma Kalle durch Silverfleet erklärte ein Manager des Verkäufers Montagu, dass sein Unternehmen zu 60 Prozent „investiert“ sei, d.h. einfach ausgedrückt, dass 60 Prozent des

Fondsvermögens durch die von den Investoren eingezahlten Einlagen, 40 Prozent durch Kredite finanziert sind. (<http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/:Wurststellen-Kalle-Montagu-stellt-Ex-Hoechst-Tochter-zum-Verkauf/464372.html>)

Gelegentlich finanzieren auch InverstorInnen ihre Einzahlung in die Unternehmen durch Kredite. Der Druck, höchste Rendite zu erwirtschaften, vervielfältigt sich auf diese Weise: um tatsächlich den versprochenen Profit zu erreichen, müssen beide Typen von Unternehmen auf außerordentliche Ergebnisse drängen – sie selber müssen ja die Kredite bedienen, die Anteilseigner müssen Kredite bedienen – und das ist nur bei einer schnellen Verwertung der Unternehmensanteil, also höchsten Ausschüttungen möglich. Andernfalls reichen die Einnahmen bestenfalls, um die Zinsen für die aufgenommen Kredite zu zahlen – und das war nun sicher nicht Sinn der Investition. Letztlich müssen so etwa bei PE die übernommenen Unternehmen selbst ihren eigenen Kauf finanzieren – und das meist, wie oben dargestellt um den Preis hoher eigener Verschuldung.

Ein spektakulärer Fall dieser Art war die Übernahme des Bootsbauers Bavaria durch den US-amerikanischen Investor Bain im Jahr 2007. Letzterer zahlte einen Kaufpreis von 1,1 Mrd. Euro und leitete 900 Mio. Euro Schulden an die bis dahin schuldenfreie Firma weiter.

Wichtiger als diese für die betroffenen Unternehmen und vor allem die Belegschaften dramatischen Entwicklungen sind aber die volkswirtschaftlichen Folgen. So bläht die Kreditaufnahme den Geldumlauf weiter auf – die Kette gegenseitiger Zahlungsverprechen erweitert sich. Bricht dann ein solches Geschäft zusammen, wälzen sich die Zahlungsausfälle über viele Zwischenstufen über verschiedene Wirtschaftsbereiche und Regionen. Hedgefonds und PE-Unternehmen sind so hervorragende Vermittler von Krisen. So haben im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2008 mehr als 1.400 Hedgefonds, das waren 15 Prozent der Branche, schließen müssen. (<http://fonds.onvista.de/hedgefonds/news.html?t=6>)

*Art des Geschäftes **und** Art der Finanzierung wirken so in einer Richtung, die nichts mit der langfristigen Entwicklung von übernommenen Unternehmen zu tun hat. Schon gar nicht können Hedgefonds und PE-Unternehmen irgendwelche regionalen Interessen in Rechnung stellen. Auch macht die hier skizzierte Notwendigkeit eines bestimmten ökonomischen Handelns deutlich, dass beide Unternehmenstypen nicht regulierbar sind – andernfalls verlieren sie ihren Sinn. (Staatliche) Regulierung setzt immer ein **gemeinsames (in gewisser Weise gesellschaftliches)** Ziel voraus, etwa gesellschaftliche Stabilität oder auch nur Beschleunigung von Innovationsprozessen im Sinne besserer Positionen in der Standortkonkurrenz. Dieses gemeinsame Ziel können Hedgefonds und PE-Unternehmen gar nicht aufnehmen und umsetzen – Innovation ist eher Nebenprodukt, solange sie sich in einem überschaubaren Zeitraum bezahlt macht. Wie sich in den USA zeigt, kann dies durchaus für einzelne Länder zeitweise nützlich sein, wenn es nur genug dieser Unternehmen gibt. Dies bedeutet aber, dass die Regionen, aus denen das Geld abgezogen wird, so den Aufstieg anderer Regionen finanzieren. Das bedeutet natürlich nicht nur Umverteilung von Geld, sondern auch von Entwicklungs- und Lebenschancen.*

Vordergründig sind Hedgefonds und PE-Unternehmen um Formen, in der die Kapitalbesitzer in Konkurrenz miteinander um Verteilung und Verwendung des Profites mehr oder weniger spekulativen Methoden stehen – tatsächlich gehen die Wirkungen aber darüber hinaus – es geht um grundlegende soziale und politische Fragen.

Als Unternehmen, die den ausschließlichen Zweck der hohen und sicheren Verwertung der Einlagen ihrer Anleger haben, sind sich PE und Hedgefonds gleich. Gemeinsam ihnen

auch, dass die ihre Geschäftsmodelle auf die Nutzung des Hebeleffektes aufbauen. (siehe Folie 31) Beides sind reine Geschöpfe des Finanzmarktes. Wenn schon Banken und ihre Geschäfte nur in einem stabilen staatlichen Rahmen möglich sind, gilt dies umso mehr für diese Typen von Unternehmen.

Sie unterscheiden sich letztlich vor allem in der Sphäre ihres Tätigseins und in den konkreten Anlagestrategien, wobei sie auch unterschiedliche rechtliche Gestaltungsspielräume ausnutzen. Im Unterschied zu Banken unterliegen Hedgefonds und Private-Equity-Unternehmen weniger strengen Auflagen und bieten so Spielraum für riskante Geschäfte mit entsprechend hohen Gewinn-, aber auch Verlustmöglichkeiten. Hedgefonds wurden in Deutschland übrigens erst 2004 mit dem Inkrafttreten des „Gesetzes zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen (Investmentmodernisierungsgesetz)“ möglich. Dies war aber schon das Ergebnis von mehreren Deregulierungsschritten im Ergebnis der Finanzmarktstabilisierungsgesetze von 1990, 1994, 1998 und 2002. Mithin waren alle Bundesregierungen, unabhängig von der Parteienkonstellation, an der Deregulierung der Finanzmärkte entscheidend beteiligt.

Das bedeutet, dass die beschriebenen Unternehmen drei Voraussetzungen für ihr Handeln brauchen:

- 1. Sie müssen sich auf dem Finanzmarkt schnell bewegen können, um ihre Anlagen unter Renditegesichtspunkt schnell verändern zu können – anders ist eine kontinuierlich hohe Verwertung des Vermögens nicht möglich.*
- 2. Sie brauchen einen stabilen staatlich garantierten Rechtsrahmen, der die Realisierbarkeit der Wertpapiere zu fixierten Konditionen oder auch die Durchsetzbarkeit von Beschlüssen der Gesellschafterversammlung **jederzeit und an jedem Ort der Welt** gewährleistet.*
- 3. Sie benötigen eine nur durch öffentliche Interventionen mögliche, stabile Kommunikationsinfrastruktur, ohne die ein globales Handeln oder der Einsatz der erforderlichen mathematischen Modelle sinnlos bzw. unmöglich wäre.*

Mithin brauchen sie Deregulierung wie Regulierung gleichermaßen! Dieser Widerspruch ist analog dem zwischen der Erwartung höchster Rendite und Angst vor übermäßigem Einfluss dieser Unternehmen auf die Unternehmensentwicklung bei Kapitalisten und Managern aller anderen Wirtschaftsbereiche. Sie stehen damit für einen generellen tiefen Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft. Entsprechend inkonsequent sind auch die Vorschläge und Maßnahmen der Reregulierung des Sektors und der ihn repräsentierenden Unternehmen.

Dazu ist die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag „Stand der Umsetzung der „Verkehrsregeln“ für den Finanzmarkt“ (Drs. 16/12035) aus dem Februar 2009 interessant (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/120/1612035.pdf>) Es kommt klar zum Ausdruck, dass die Bundesregierung keinerlei substanzielle Einschränkung der Geschäftspraktiken vornehmen dieser Unternehmen will!

Halten wir also als Bilanz fest:

Das Auftreten der „innovativen Finanzmarktprodukte“ auf der einen Seite und der wachsende Stellenwert von Pensionsfonds, Hedgefonds und PE-Unternehmen auf der anderen Seite waren entscheidende Auslöser der Krise. Sie bedingen sich gegenseitig. Dabei kann man folgende Gesichtspunkte hervorheben:

- erstens als Verwertungsinstrumente; der vor allem durch massive Umverteilung angewachsene private Reichtum und die in Pensionsfonds*

angesammelten Gelder sind nicht mehr ohne weiteres in klassischer Form anzulegen, ohne ein Sinken der Erträge zu riskieren; Banken und neu entstehende Finanzunternehmen fangen diese Mittel auf und leiten sie in risikoreichere Beteiligungen und „innovative Finanzprodukte“ um; dies schließt scheinbar irrationale und hochspekulative Formen von Verwertung (z.B. Wetterderivate), aber auch das Entstehen finanzmarktvermittelter Regulierungsformen wie etwa den Handel mit Emissionsrechten ein (Die Umweltkrise wird in diesen staatlich garantiert handelbar und verwertbar gemacht.)

- zweitens als unmittelbare Frucht einer weitgehenden Deregulierung der Finanzmärkte
- drittens als Instrument zur Beschleunigung von Umverteilungen von Kapital, als Instrument der Beschleunigung von Konzentrations- und Umstrukturierungsprozessen von und in Unternehmen in einem Spektrum von flexibler Finanzierung konservativer Art bis hin zu spekulativ motivierten Aktionen
- viertens als Öffnung des Öffentlichen und des Kommunalen als Akkumulationssphäre unter dem Druck des Dogmas der Haushaltskonsolidierung.

Dies alles spielte sich in einem Umfeld ab, in dem die Finanzoligarchie durch die Etablierung der Ratingagenturen (siehe Erläuterungen zu Folie 20-25) und weitgehende Deregulierungen das Schreiben ihrer Spielregeln in die eigenen Hände nahm und damit die Kontrolle des Finanzsektors selbst privatisiert wurde.

In Hedgefonds und PE-Unternehmen materialisiert sich die relative Verselbständigung der verschiedenen Kapitalkreisläufe gegeneinander. In diesen Unternehmen werden bestehende Tendenzen in der Geschäftspolitik der Banken zur Konsequenz geführt. Unternehmen, die normalerweise der „Realökonomie“ zugeordnet werden, werden dabei selber Akteure des Finanzmarktes, wie bspw. einige Autokonzerne mit ihren Autobanken, so dass sich verschiedene Krisenprozesse (in dem angesprochenen Fall z.B. Finanzkrise, Überproduktionskrise und Klimakrise – *dazu mehr unter Folie 39ff.*) in einzelnen, meist großen Unternehmen bündeln. Die personellen und kapitalseitigen Verflechtungen haben zur Folge, dass sich ein neues Interesse eines neuen „ideellen Gesamtkapitalisten“ formiert hat, das bei allen Widersprüchen innerhalb der Finanzoligarchie die relative Verselbständigung der Finanzkreisläufe legitimierte und beförderte.

Ein weiteres für den Krisenverlauf entscheidendes Merkmal ist, dass die mit den neuen Finanzmarktprodukten und den in diesem Zusammenhang entstandenen Unternehmen von vornherein global agieren können und müssen. Damit greifen diese hochspekulativen und wie sich zeigt verletzbaren Strukturen in die globalen Krisenprozesse ein.

Institutionalisierte **globale** Spekulation

- In den Geschäftsmodellen dieser Unternehmen ist die Globalität angelegt – sie können nur als global und mit globalen Prozessen verbundene Unternehmen agieren – Anlage um jeden Preis
- In den Geschäftsmodellen und in den „innovativen Finanzmarktprodukten“ werden andere Krisen handelbar gemacht
- konsequente Unterordnung aller Aktivitäten in allen Teilen der Welt unter gleiche Renditeanforderungen

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009

38

Folie 38

Globale Verflechtung von Krisenprozessen

Dies betrifft etwa die Einbeziehung der Nahrungsmittelversorgung, der Wasserversorgung und weiterer existenzieller Bereiche in diese Kreisläufe. Die natürlichen Ressourcen in der Dritten Welt werden einer Verwertungslogik unterworfen, denen die Volkswirtschaften dieser Länder nicht gewachsen sind und die den Wirtschaftskreisläufen in diesen Ländern auch weitgehend fremd sind. Wir zeigten ja mehrfach, dass „innovative Finanzmarktprodukte“ wie auch die ihnen entsprechenden Unternehmen ihre Gewinn letztlich aus der realen Entwicklung der Wirtschaften der einzelnen Länder ziehen müssen. Der Zwang der Integration in den Weltmarkt wird verstärkt und die natürlichen Lebensgrundlagen der Gesellschaften, die oft auf das Funktionieren regionaler Kreisläufe angewiesen ist, werden zerstört. Die ohnehin aus den ungerechten Weltwirtschaftsbeziehungen resultierenden Probleme werden so potenziert. Besonders deutlich wird dies in den zunehmenden Aktivitäten von Banken und Fonds beim Kauf großer Ackerflächen in Afrika.

Für die Vorbereitung auf diesen Teil sollten genutzt werden:

- *Elmar Altvater: Die Vierfach-Krise des globalen Kapitalismus in Vierteljahresberichte zur Weltwirtschaft Juli 2008 (Bezug als pdf auch unter <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/wearchiv/042ae69a290a47202/042ae69acf0d33301.php>)*
- *Thomas Fritz: Dem Weltmarkt misstrauen. Die Nahrungskrise nach dem Crash (download unter <http://fdcl-berlin.de/index.php?id=1514>)*
- *Aktuelle Analysen finden sich immer auf der schon erwähnten Website www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org sowie auf www.weed-online.org.*

Im erwähnten W&E-Hintergrund Juli 2008 untersuchte Elmar Altvater die aktuelle Situation der Weltwirtschaft zu diesem Zeitpunkt und konstatierte das Zusammenfallen verschiedener Krisenprozesse. Er charakterisiert das Zusammenfallen einer Energie- und Klimakrise, Nahrungsmittel- und Finanzkrise als Vierfachkrise des Kapitalismus. Dies, so Altvater unter

Verweis auf weitere Analysen, könne durchaus zu einem globalen gesellschaftlichen Kollaps führen. Mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im Herbst 2008 ist ein weiterer Faktor hinzugekommen.

Die Entwicklungen der Jahre unterstreichen diese weitreichende Aussage nachdrücklich. Tatsächlich haben sich die industriellen Strukturen in wichtigen Bereichen noch lange nicht den neuen Herausforderungen angepasst. Zwar sind mit dem Bau von Solar- und Windkraftanlagen neue Produkte entstanden, die etwa neuen ökologischen Anforderungen gerecht werden können, in der chemischen und pharmazeutischen Industrie werden neue Verfahren angewandt, die sicherer sein mögen als früher, in den verschiedenen Bereichen des Maschinenbaus wird heute weniger Energie verbraucht als in früheren Jahren. Die Philosophie der Produktion entspricht aber immer noch der der Industrialisierung: sie ist unternehmens- und produktfixiert. Daran haben keine Selbstverpflichtungen, keine CSR-Konzepte u.dergl. etwas ändern können. Der Bereich, dem in den neunziger Jahren große Einsparungspotenziale an Energie, Papier usw. zugeschrieben wurde, die Computertechnik und das Internet, sind vor diesem Hintergrund zu einem ökologischen Problemfall geworden. Was hat dies nun aber mit der Finanzkrise zu tun? Die Finanzkrise ist nicht nur Resultat der Gier von Hedgefonds-Managern und Unternehmensvorständen. Sie ist mindestens gleichem Maße Resultat der Finanzierungserfordernisse, denen sich heute Unternehmen stellen müssen, wenn sie auf den Weltmärkten bestehen wollen. Betrachten wir z.B. die Automobilproduktion: Es ist nicht nur der Treibstoffverbrauch des fertigen, genutzten Autos, der in den von Altvater beschriebenen Krisenzyklus eingeht. Das „Prinzip Auto“ (also die Individualmotorisierung) erfordert immer hochwertiger veredelte Rohstoffe - Metalle, Kohle (für die Verhüttung der Erze), Kunststoffe (also Erdöl), Mineralien (etwa in den elektronischen Bauteilen), Energie für die Produktion. Es bindet entsprechende Forschungskapazitäten, erfordert immer weitergehende Versiegelung von Landschaft etc. Eine Krise in diesem Sektor betrifft auch heute noch i.d.R. ganze Regionen, die auf ein End-Produkt orientiert sind. Das Auto ist so eng verbunden mit allen von Altvater beschriebenen Krisen, bis hin zur Finanzierung der Anschaffung desselben auf Pump. Das bedeutet aber auch, dass die Unternehmen und ihre VertreterInnen mit den Akteuren dieser Krisen auf das Engste verbunden sind. Die neue Finanzoligarchie sind nicht nur, und vielleicht noch nicht einmal vorrangig, die „bösen“ Hedgefonds-Manager und sonstigen Spekulanten – über eine Vielzahl von Finanzierungsinstrumenten sind auch scheinbar gutbürgerliche UnternehmerInnen und ManagerInnen Teil des Problems – ob sie dies wollen oder nicht.

Diese Verknüpfung setzt aber auch bestimmte Bedingungen für die Lösung jeder einzelnen dieser Krise(n). Die Klimakrise etwa schränkt die Möglichkeit, durch klassisches Wachstum Krisen zu bekämpfen, entscheidend ein. Krisenlösungen auf Kosten des Globalen Südens häufen weiteren Konfliktstoff an. Es sind also Veränderungen in der grundlegenden Art und Weise der Produktion wie der Konsumtion nötig, wenn die Lösung der Wirtschaftskrise nicht andere Krisenprozesse verschärfen soll. Dies ist eine weitere Besonderheit der derzeitigen Krise.

Globale Krisen und Wirtschaftskrise

- Es laufen verschiedene Krisenprozesse gleichzeitig statt
 - Wirtschaftskrise
 - Klimakrise
 - Ernährungskrise
 -
- Welche politischen Konsequenzen werden sich daraus ergeben?

39

Folie 39

Folgen für Entwicklungsländer

- Rückgang Welthandel
- Preisverfall bei Rohstoffen
- Rückgang Investitionen
- Rückgang der Überweisung von ArbeitsmigrantInnen
- Entwicklungshilfe?
- Spekulation mit Nahrungsmitteln

41

Folie 40

Diese Globalität hat an erster Stelle für den Globalen Süden tiefgreifende Folgen. Hier zeigt sich die Verflechtung der verschiedenen Krisen am deutlichsten und am dramatischsten.

Die ohnehin katastrophalen Lebensbedingungen eines großen Teils der Menschheit werden konserviert. Zu den Tendenzen, die durch die Krise ausgelöst oder verstärkt werden, zählen z.B.:

- die Millenniumsziele zur Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt werden kaum erreicht werden können. Dies gilt vor allem für die anhaltende Nahrungsmittelkrise. In Auswertung von Berichten aus verschiedenen Ländern der Welt kommt der Informationsbrief Weltwirtschaft&Entwicklung zu dem Ergebnis, dass im Zuge der Krise das Zusammenfallen hoher Nahrungsmittelpreise, hoher Preise für Dünger und Transportmittel, fallenden Haushaltseinkommen und sinkender Investitionen in die Landwirtschaft die Situation weiter verschärfen. (*ebenda W&E-Hintergrund April 2009*) Die Autoren stützen sich dabei auf Analysen der Welternährungsorganisation (FAO), die in ihrem Report „The State of Agricultural Commodity Markets. High food prices and the food crisis – experiences and lessons learned“ (<http://www.fao.org/docrep/012/i0854e/i0854e00.htm>) betont, dass die hohen Nahrungsmittelpreise eben nicht bei den einheimischen Bauern in den Entwicklungsländern zu einer Verringerung der Armut geführt hätten. (*ebenda S. 31ff.*) Die gleichzeitige Steigerung der Preise für Industriegüter und vor allem von Öl, aber auch weiterhin unzureichende Infrastruktur in den ländlichen Räumen (Infrastrukturprojekte sind ja vor allem auf weltmarktorientierte Großproduzenten ausgerichtet) sind eine Seite des Problems. Als eine weitere Hauptursache für die Steigerung der Preise landwirtschaftlicher Rohstoffe wird von der FAO die Nachfrage nach Biokraftstoffen angeführt. Ein Fallen der Preise im Zuge der Krise verschärft nun die Situation der Bauern, weil nicht unbedingt in gleichem Maße die Preise der notwendigen Vorprodukte fallen.
- sinkende Einnahmen durch Ausfall der Überweisung von ArbeitsmigrantInnen an ihre Familien. In diesem Jahr wird mit einem Rückgang dieser Zahlungen um 7 bis 10 Prozent gerechnet, ein höherer Rückgang wird bei ungünstigem Konjunkturverlauf als möglich erachtet; dabei werden unterschiedliche Länder unterschiedlich hart getroffen. So wird für Mexiko ein Rückgang um 11 Prozent, für El Salvador und Guatemala um 10 Prozent und für Jamaika um 17 Prozent erwartet. (*Migration and Development Brief 10; 13. July 2009, Development Prospects Group, World Bank*)
- Belastungen durch die Rückkehr von ArbeitsmigrantInnen. Nicht nur der Ausfall der Zahlungen aus dem Ausland, auch die Rückkehr von ArbeitsmigrantInnen bedeutet für die betroffenen Staaten ein gefährliches Problem, da dies zu wachsender Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen sozialen Problemen führt. Es wird geschätzt, dass allein aus den Golfstaaten die Hälfte der dort tätigen 13 Millionen ArbeitsmigrantInnen in diesem Jahr in ihre Heimatländer zurückkehren müsste. (*vgl. Informationsbrief Wirtschaft&Entwicklung Juni 2009*)
- extreme Preisschwankungen bei wichtigen Exportgütern, vor allem Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Im Verlaufe des Zeitraums Mitte 2008 bis Mitte 2009 sind die Rohstoffpreise um die Hälfte gesunken, wobei im 1. Halbjahr bei Preise von Industrierohstoffen wieder gestiegen sind. Der Preisverlauf widerspricht so dem Konjunkturverlauf, da bei sinkender Produktion eigentlich die Nachfrage nach Rohstoffen ebenfalls sinken müsste. So ist weitgehend unklar, worin bestimmte Entwicklungen der Preise ihre reale Grundlage haben – es wird vermutet, dass spekulative Elemente dabei eine große Rolle spielen. Darauf weist auch eine Analyse der UNCTAD hin, die Spekulationsgeschäfte mit auf Rohstoffen basierenden Wertpapieren (Futurs) dafür verantwortlich macht. (*The Global Economic Crisis: Systemic Failures and Multilateral Remedies, UNCTAD, New York/Genf 2009 S. 23ff.*) Auch hat China die Möglichkeit genutzt, mit einem Teil seiner Währungsreserven Rohstoffe billig auf Vorrat zu kaufen. Dabei ist dann völlig offen, wie viel von diesen steigenden Preisen wirklich den Förderländern zugute kommt. Damit verschlechtern sich die ökonomischen und sozialen Spielräume dieser Staaten für die Lösung der

ohnehin bestehenden Probleme erheblich. (zur aktuellen Entwicklung der Rohstoffpreise vgl. z.B. <http://www.goyax.de/crb-index-Chart>)

- sinkende Zuflüsse von Kapital bei gewachsener, kreditfinanzierter Integration in den Weltmarkt. Die Weltbank schätzt, dass der Umfang privater Kapitalzuflüsse gegenüber dem Hoch von 1,2 Billionen Dollar im Jahr 2007 im Jahr 2009 auf 363 Mrd. Dollar sinken werden. Die Staaten im Globalen Süden haben im Moment kaum Möglichkeiten, sich über Staatsanleihen zu finanzieren (siehe Erläuterungen zu Folie 27). Auch Unternehmen haben große Probleme, Kredite zu erlangen bzw. müssen dafür hohe Zinsen zahlen. Damit werden die „Entwicklungs- und Schwellenländer“ im Jahr 2009 vor einer Finanzierungslücke von 352 Mrd. Dollar stehen. (vgl. KFW-Development Research „Weltwirtschaftliche Lage und Perspektiven“ August 2009) Diese „Erhöhung der Kapitalkosten“ wie auch die steigende Verschuldung der Länder des Globalen Südens wird von der OECD als ein entscheidender Faktor der Verlängerung der Krise betrachtet. (OECD Economic outlook 85 S. 213ff.)
- müssen sinkende Entwicklungshilfe fürchten – die aber ist ohnehin viel zu gering
Diese Entwicklungen werden von einigen WissenschaftlerInnen und AktivistInnen gar nicht so kritisch gesehen, da sie ihrer Meinung nach ein Ansatzpunkt zu mehr Selbstständigkeit gegenüber dem Globalen Norden sein könnten. (.....) Dies soll hier nicht diskutiert werden. Allerdings bedeuten die hier dargelegten Trends erst einmal eine Zuspitzung der Situation in den betroffenen Ländern und so oder so eine Herausforderungen an die Gestaltung der künftigen Weltwirtschaftsordnung.
- Verschlechterung der Lage der Menschen, die ohnehin schon von extremen sozialen Problemen betroffen sind. Ein Beispiel ist die Situation der WanderarbeiterInnen in China. Es handelt sich um Beschäftigte, die eigentlich auf dem Land als EinwohnerInnen registriert sind, aber eben in den großen Städten arbeiten und leben. Im Frühjahr 2009 wurde berichtet, dass im Zuge der Krise bereits 20 Mio. von ihnen ihre Arbeit verloren hätten. Sie müssen in diesem Fall in ihre Heimatorte zurückkehren, die sie aber eben aus sozialen Gründen verlassen mussten. Da ihre soziale Absicherung zudem weitaus geringer ist als die der ArbeiterInnen, die ihren Wohnsitz in der Stadt haben, ist eine Verschärfung der sozialen Situation in den ländlichen Gebieten die Folge. (vgl. Cheng Xinzheng: Modernisierung, Wanderarbeiter und soziale Gerechtigkeit unter http://www.rosalux.de/cms/uploads/media/IWS-Konferenz_1207.pdf)

Globale Probleme - Beispiele

- China:
 - WanderarbeiterInnen, soziale Sicherung...
- Rußland
 - Regionale Disproportionen, Armut
- Lettland, Ungarn, Island, Ukraine
 - Ohne Hilfe Staatsbankrott

40

Folie 41

Die hier nur kurz skizzierten Entwicklungen gehen auch und vor allem auf die Aktivitäten des IWF (Internationaler Währungsfonds, IMF – International Monetary Fund) und der Weltbank zurück.

Eine ausführliche Darstellung zur Rolle des IWF ist unter folgender Adresse auf den Seiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu finden:

http://www.rosalux.de/cms/uploads/media/1_wasist_IWF_01.pdf

Diese Darstellung ist Teil eines umfangreicheren Bildungsmaterials, dass zu den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 entstand: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=13682>

Beide Organisationen haben durch die Bindung von Krediten bzw. Hilfsleistungen an wirtschaftliche Bedingungen wesentlich dazu beigetragen, dass der Boden für die nun deutlich werdende Krisenanfälligkeit dieser Länder geschaffen wurde. (*zur Rolle von IWF und Weltbank bei der Krisenüberwindung siehe Folie 57*)

Die Rolle der EU

Für die Situation in Deutschland ist unter dem Gesichtspunkt der Krisenverflechtung und Globalisierung die EU eine der wichtigsten internationalen Institutionen.

Das Handeln der EU in der Krise war vor allem geprägt von Kriterien, die ihr Handeln auch in den letzten Jahren bestimmte. Im Mittelpunkt standen die Stabilität des Euro, die Bekämpfung der Staatsverschuldung, das Dogma der Privatisierung sowie die Freiheit des Binnenmarktes. Über die EU hat vor allem Deutschland die Deregulierung und die Umverteilungsprozesse, die zu den Bedingungen der Krise gehören vorangetrieben. (*siehe Folie 20f.*) Entscheidendes Motiv waren die in der Lissabon-Strategie verankerten Ziele, darunter vor allem das, die EU zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt zu entwickeln.

Problemfall EU

- Stabilität des Euro
- Konkurrenz um bessere Positionen in „der nächsten Runde“
- Kampf um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik
- Instabilität der osteuropäischen Beitrittsländer

42

Folie 42

Lissabon-Strategie

Der Europäische Rat fixierte auf einer Sondertagung am 23./24. März 2000 in Lissabon „ein neues strategisches Ziel“. Dieses Ziel wurde in dem verabschiedeten Dokument (den „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ SN 100/00) folgendermaßen beschrieben:

„Die Union hat sich heute ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“ Zentrale Punkte unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung beim Ausbruch der Krise 2007/2008 waren die

- *beschleunigte Privatisierung öffentlicher Leistungen (Pkt. 17)*
- *Deregulierung der Finanzmärkte (Pkt. 20-21)*
- *Wachsender Druck auf die Senkung öffentlicher Haushaltsausgaben unter dem irreführenden Begriff der Haushaltskonsolidierung. (Pkt. 22-23)*

Diese Orientierung prägt den Handlungsrahmen der EU. Er ging von einem beständigen praktisch krisenfreien weiteren Wachstum aus. Dementsprechend wurden keine Instrumente gemeinsamer Konjunkturpolitik entwickelt, die im Krisenfall greifen könnten. Generell war die EU nicht in der Lage, die Einheit von ökonomischem Wachstum und sozialer Entwicklung einzulösen. Es sei an dieser Stelle dahingestellt, wie ernst die Zielstellung gemeint war. Das faktische Handeln der EU war darauf orientiert, Unternehmen beste Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen und dabei Begrenzungen, die aus sozialen Anforderungen erwachsen, weitgehend so zu gestalten, dass die politische Stabilität gewahrt bleibt. EU-Politik ist in dieser Hinsicht in sich zutiefst widersprüchlich. **Indem der Konkurrenz der Unternehmen relativ breite Spielräume geschaffen wurden, war die Politik der EU selbst ein Faktor der Entstehung der Krise.**

Dies gilt auch für die Deregulierung der Finanzmärkte:

Im „Bericht über die Finanzdienstleistungspolitik für die Jahre 2005-2010 – Weißbuch“ vom 27.06.2007 (also bereits am Beginn der Finanzkrise) „beglückwünscht“ das Europäische

Parlament „die Kommission zu dem Beitrag, den der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen zur Schaffung eines europäischen Kapitalmarktes geleistet hat, der nicht zuletzt wegen seiner Qualität und Solidität seiner Finanzregelung weltweit führend ist“ und „begrüßt die im Weißbuch der Kommission genannten wirtschaftlichen Zielsetzungen, nämlich Konsolidierung der europäischen Finanzmarkts, Beseitigung der Hindernisse für den freien Kapitalverkehr und Verbesserung der Kontrolle der Finanzdienstleistungen“. (A6-0248/2007, S. 4) Die Realität der Jahre 2008/2009 hat dann gezeigt, wie wenig tragfähig diese Bewertungen waren.

Ähnliches lässt sich zur Rolle der EU bezüglich der Entstehung der Krise unter dem globalen Gesichtspunkt sagen. Ihr Handeln im Rahmen der WTO und anderer internationaler Gremien wie auch ihre Positionen bei der Formulierung der EPA's, der Partnerschaftsabkommen mit Ländern des Globalen Südens, waren stets auf Marktöffnung und bedingungslose Integration dieser Volkswirtschaften in den Weltmarkt orientiert. Unter dem Vorwand wirtschaftlicher Freiheit wurden so die Potenziale gerade dieser Länder zur Verhinderung von Krisen bzw. zur wirksamen Milderung ihrer Fragen nachhaltig geschwächt. So kommt das Forum Umwelt und Entwicklung in einer aktuellen Analyse zu folgender Schlussfolgerung: *„Diese Studie hat gezeigt, dass Liberalisierungsverpflichtungen im Bereich Finanzdienstleistungen, wie sie im Rahmen von Freihandelsabkommen aktuell ausgehandelt werden, die derzeitige Krise noch verstärken und die aufkeimenden Regulierungsinitiativen zunichte machen könnten.“* (Denk, W.E.: Aus der Krise nichts gelernt? Liberalisierung von Finanzdienstleistungen in neuen EU-Handelsabkommen. Arbeitspapier des Forums Umwelt&Entwicklung und WEED, Berlin/Bonn 2009, S. 20)

Hinweis

An dieser Stelle sollte noch einmal Bezug auf die im Abschnitt zu den Krisenauslösern und -ursachen erarbeiteten Punkte verwiesen werden. (siehe Folie 8)

Zu den Aktivitäten der EU zur Überwindung der Krise mehr unter Folie 57. Eine Übersicht über die Maßnahmen sind unter

http://ec.europa.eu/economy_finance/focuson/focuson13254_de.htm zu finden.

Im Zuge der Krise ist es keinesfalls zu einer Änderung dieser Strategien gekommen. Im Bericht zur Frühjahrstagung 2009 des Europäischen Rates heißt es:

„Die konjunkturelle Erholung Europas wird von unserer Fähigkeit abhängen, den Binnen- und den Weltmarkt zu unserem größtmöglichen Vorteil zu nutzen. Der Binnenmarkt war der Motor für wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand und für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU. Er bietet Größen- und Effizienzvorteile und die Chance, die Stärken der EU auszuschöpfen. Er kann zu einem wesentlichen Motor der konjunkturellen Erholung werden, wenn er auf der europäischen Ebene umfassend koordiniert wird.“ (*Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates „Impulse für den Aufschwung in Europa“ Brüssel, den 4.3.2009, KOM(2009) 114 endgültig, S. 13*)

Die Richtung für Maßnahmen zur Lösung einer globalen Krise bleibt einer regionalen Prioritätensetzung verhaftet. Damit werden die Maßnahmen die Entstehung einer nächsten Krise befördern.